



Liebe Darmstädterinnen und Darmstädter, am 02.05.2017 verkündete der Stadtkämmerer einen „deutlichen Einbruch“ bei den Gewerbesteuereinnahmen, welcher „sehr überraschend“ gekommen sei. Zurückzuführen sei dies auf eine „veränderte Wirtschaftslage“.

Die FDP-Fraktion möchte Ihnen aus diesem Anlass mit diesem Informationsschreiben die Entwicklung des städtischen Haushalts, insbesondere seit der Regierungsübernahme durch grün-schwarz im Jahr 2011, darstellen. Die Zahlen sind ausnahmslos aus öffentlich zugänglichen Quellen der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Bei objektiver Betrachtung werden folgende Dinge sofort sichtbar:

1. Die Gewerbesteuereinnahmen sind nicht eingebrochen, sondern bewegen sich für die Jahre 2016 und 2017 auf dem Niveau der Vorjahre.
2. Die Stadt Darmstadt hat kein Einnahmeproblem.
3. Die jetzige Unterdeckung im Haushalt ist durch eine immense Ausgabenerhöhung entstanden.
4. Der Haushalt leidet an einem strukturellen Defizit, welches auch nicht durch die geplanten Grund- und Gewerbesteuererhöhungen beseitigt werden kann.

Diese Feststellungen widerlegen die Ausführungen des Stadtkämmerers. Die Einnahmen sind nicht überraschend aufgrund einer veränderten Wirtschaftslage eingebrochen, sondern die Schätzung der Gewerbesteuereinnahmen war schlicht unrealistisch.

Es rächt sich nun, dass in den vergangenen sieben Jahren unter grün-schwarz kein Schuldenabbau stattgefunden hat, sondern im Gegenteil, der Schuldenstand der Wissenschaftsstadt Darmstadt und ihrer Eigenbetriebe zum Ende dieses Jahres gigantische 888 Mio. € und damit rund 100 Mio. € höher als im Jahr 2011 sein wird! Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass durch den Beitritt zur Schutzschirmvereinbarung des Landes Hessen im Jahr 2012 Darlehensverpflichtungen in Höhe von insgesamt 186 Mio. € auf das Land Hessen übertragen wurden. Der städtische Haushalt ist deshalb auch durch eine erdrückende Schuldenlast und den daraus resultierenden Kapitaldienstverpflichtungen gekennzeichnet. Die geplante Grundsteuererhöhung verteuert Wohnraum für jeden Bewohner die-

Es sind

Ihre

Steuern !

ser Stadt. Die geplante Gewerbesteuererhöhung macht den Standort Darmstadt für Gewerbebetriebe unattraktiver und wird zu einer Abwanderung von Unternehmen ins Umland führen. Außerdem lösen diese Steuererhöhungen keines der Haushaltsprobleme dieser Stadt. Deshalb lehnt die FDP diese Steuererhöhungen ab.

Neben der Streichung der Landesgartenschau werden weitere grün-schwarze Großprojekte auf den Prüfstand gestellt müssen.

Vor allem aber muß es im laufenden Haushalt und beim enorm gewachsenen Personalbestand Einsparungen geben. Der Magistrat muß hier endlich Transparenz schaffen und Maßnahmen erarbeiten.

Sven Reißwenger

Fraktionsvorsitzender

Weitere Infos siehe

www.fdp-darmstadt.de

Freie Demokratische Partei
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt
Rheinstraße 22
64283 Darmstadt
info@fdp-darmstadt.de
Tel. 06151-24472
Fax. 06151-20727

Großprojekte

im Haushalt

**Freie
Demokraten**
FDP

Wenn vom „ausgeglichenen Haushalt“ die Rede ist, dann ist immer nur der Ergebnishaushalt gemeint, also die Einnahmen und Kosten des normalen Verwaltungsbetriebs. Bauprojekte sollen eigentlich aus Überschüssen finanziert werden, d.h. die Stadt sollte nicht alle Einnahmen für laufende Verwaltung ausgeben.

Real gibt es aber in Darmstadt keine freien Überschüsse, deswegen steigt die Verschuldung beständig um Baumaßnahmen zu finanzieren. Das gilt sogar für die Instandhaltung von Schulen und Straßen, die eigentlich auch normaler Betrieb sein sollten. Obwohl also in den letzten sechs Jahren überhaupt keine Großprojekte realisiert wurden, ist die Verschuldung Darmstadts stark gestiegen.

Es ist also nötig, auf die geplanten Ausgabesteigerungen weitgehend zu verzichten. Nur so können Steuererhöhungen vermieden werden, und nur so wird Geld frei für nötige Großprojekte. Zu diesen gehören aus FDP-Sicht auf jeden Fall das Nordbad und das Berufsschulzentrum.

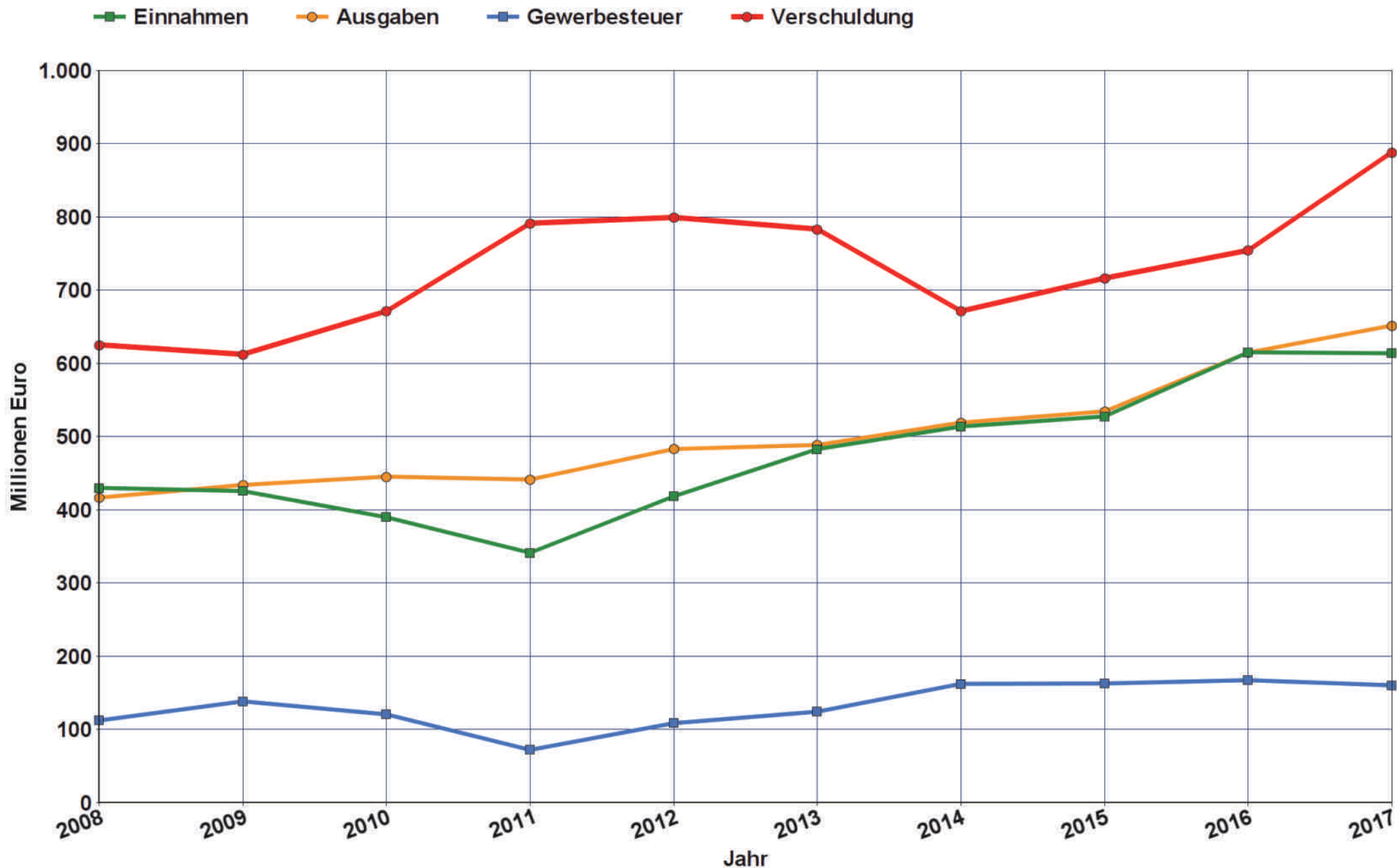
Sinnvoll ist nach wie vor ein Stadion-Neubau in Arheilgen. Dieser ist nicht nur inhaltlich gut begründet, sondern auch finanzpolitisch geboten: Durch die Verlegung und Neunutzung der Bauflächen in Bessungen wäre die Bauinvestition weitgehend finanziert und der Betrieb in den Folgejahren wäre günstiger.

Nicht wirklich nötig sind dagegen die Lichtwiesenbahn und die Landesgartenschau. Für beide Projekte gab es zwar einige valide Pro-Argumente, aber angesichts der Finanzsituation sind beide Ideen unrealistischer Luxus.

Zu überprüfen sind nach Ansicht der FDP verschiedene Projekte zur Stadtteilverschönerung, wie derzeit im Pallaswiesenviertel und im Woogsviertel geplant. Speziell das Woogsviertel ist ein funktionierender Stadtteil mit hoher Lebensqualität, dort gibt es keinen dringenden Handlungsbedarf.

Die Planungen für die Bewerbung zum Weltkulturerbe sollten fortgeführt werden. Die Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass Investitionen hier erhebliche Mehreinnahmen in der Zukunft generieren können. Allerdings müssen die Planungen auf das Notwendige beschränkt bleiben (insbesondere Parkplätze und Info-Zentrum). Das Weltkulturerbe darf kein Vorwand sein, den ganzen Osthang der Mathildenhöhe mit grünen Wunschprojekten zu bebauen.

Haushaltsentwicklung 2008 - 2017



Quelle: <https://www.darmstadt.de> und <https://darmstadt.more-rubin1.de>

Entwicklung des Haushalts

Bis 2010: Darmstadt hat überdurchschnittliche Einnahmen kann aber nicht viel investieren. Die Schulbausanierung wird vorangetrieben, für die Straßen fehlt das Geld.

2011: Ein krasser Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen zwingt zum „Sparen“. Wirklich eingespart wird aber nur symbolisch (Stadtteilbibliotheken, Stadtgärtnerei), im wesentlichen werden Steuern erhöht.

2012: Die Einnahmen normalisieren sich wieder, aber die Ausgaben steigen ebenfalls.

2013: Darmstadt bekommt Hilfe durch den „Schutzschirm“ des Landes Hessen. Bis 2016 erhält die Stadt 186 Millionen Unterstützung und kann etwas Schulden abbauen. Parallel macht die Koalition neue Schulden.

2014: Der Haushalt ist fast „ausgeglichen“. Das betrifft aber nur die laufenden Einnahmen und Ausgaben (Ergebnishaushalt), Investitionen werden weiterhin über neue Schulden bezahlt.

2015: Die Einnahmesituation ist hervorragend, der Haushalt formal ausgeglichen. Aber die laufenden Ausgaben sind zu hoch, es können weder Schulden getilgt noch Investitionen aus normalen Einnahmen finanziert werden.

2016: Die Einnahmen steigen dramatisch (100 Millionen Zuwachs). Ein Teil davon sind durchlaufende Bundesmittel für Flüchtlinge, aber zum ersten Mal wäre es möglich, mit einem echten Einnahmeüberschuß Schulden zu tilgen und vor allem echte Investitionen wie das Berufsschulzentrum zu finanzieren.

Die Koalition beschließt aber, die kompletten Zusatzeinnahmen sofort wieder durch entsprechende Ausgabenerhöhung zu verwenden. Die Schulden steigen daher weiter. Ein noch weitergehender Einnahmewachstum von zusätzlichen 32 Millionen erweist sich als Einmaleffekt und muß in 2017 zurückbezahlt werden.

2017: Darmstadt hat noch höhere Einnahmen als 2016, die höchsten seiner Geschichte. Aber die Koalition hatte wegen des Einmaleffekts noch viel höhere Erwartungen – diese erhofften 52 Millionen kommen nicht und werden daher als „Einnahmeausfall“ bezeichnet. Gegenüber den realen Zahlen gibt es aber keinen Ausfall, sondern einen Zuwachs.

Da die Koalition die erhofften Einnahmen aber schon für zusätzliche Ausgabenwünsche verplant hat, sollen die Steuern wieder einmal erhöht werden.

Die FDP lehnt jeden dieser Steuererhöhungsvorschläge ab.

Arme Städte - Reiche Städte

Es ist immer wieder von den Finanzproblemen der Gemeinden die Rede. Bund und Länder definieren neue Pflichtaufgaben für die Kommunen, und diese müssen die dann ohne neue Einnahmequellen finanzieren. Und das ist natürlich grundsätzlich ein unfaires Verfahren.

Viele Gemeinden kann man deswegen auch als „unterfinanziert“ bezeichnen. Da reichen die Einnahmen gerade für die Pflichtaufgaben und für die Lebensqualität ihrer Bürger können diese Kommunen nicht mehr viel tun.

Aber die Unterschiede sind enorm. So wie es arme Kommunen gibt, die kaum über die Runden kommen, so gibt es reiche Kommunen, die weit überdurchschnittlich Geld zur Verfügung haben. Zu diesen reichen Kommunen gehört auch Darmstadt. Es lohnt sich, die vier deutschen Städte der Darmstadt-Größe (155.000 Einwohner) zu vergleichen:

| | Einnahmen | | Ausgaben | |
|------------|----------------|--------------|----------------|--------------|
| | Gesamt (Mio €) | Pro Kopf (€) | Gesamt (Mio €) | Pro Kopf (€) |
| Neuss | 482 | 3110 | 466 | 3006 |
| Herne | 507 | 3250 | 542 | 3474 |
| Heidelberg | 593 | 3801 | 599 | 3840 |
| Darmstadt | 614 | 3961 | 614 | 3961 |

Darmstadt hat also mehr als ein Viertel höhere Einnahmen als das arme Neuss. Wobei auch Neuss selbstverständlich alle gesetzlichen Pflichten nachkommt. Und es sogar schafft, von den laufenden Einnahmen einen kleinen Überschuß zu erwirtschaften.

Darmstadt kann sich bei seinen guten Einnahmen natürlich einige Dinge leisten, die wir nicht tun müssen. Insbesondere in der Kultur und in der Sozialversorgung liegt Darmstadt traditionell über dem deutschen Schnitt.

Und das war natürlich auch schon 2015 so, dem Jahr vor dem großen Geldsegen. Seit 2015 sind die Darmstädter Einnahmen um 86 Millionen gestiegen, das entspricht einem Anstieg von 16 % in nur zwei Jahren.

Und als normaler Bürger hat man nicht unbedingt den Eindruck, daß die Lebensqualität in diesen zwei Jahren um 16% gestiegen ist. Es ist völlig unverständlich, daß die Koalition Steuern erhöhen will, um noch einmal 38 Millionen Mehrausgaben tätigen zu können.